

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 404 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 290 A

BERLIN • Sonnabend, den 7. Januar 1933

2 JAHRGANG

Hände weg von Sowjetrußland!

W-er. Wir brachten bereits vor einigen Tagen unsere Besorgnis zum Ausdruck, daß die erneute und konzentrierte Angriffslust der Japaner im Fernen Osten eine Bedrohung der Sowjet-Union darstelle. Diese Sorge gründet sich auf zwei-lei: Erstens auf die von vornherein feststehende Tatsache, daß die Existenz eines so riesigen Staates, in dem als oberstes Prinzip die Befreiung der menschlichen Arbeit von der Ausbeutung durch einige kapitalistische Nutznießer steht, allen kapitalistischen Nutznießern und sonstigen Teilhabern an der Ausplünderung der unterdrückten Klasse ein ungeheuer schmerzender Dorn im Auge ist und sein muß, daß also diese Nutznießer alles Erdenkliche und ihnen nützlich erscheinende tun werden, diesen Arbeiterstaat zu „liquidieren“.

Unsere Besorgnis gründet sich zweitens auf die Meldungen, die — wenn auch spärlich — vom fernöstlichen Kriegsschauplatz herüberdringen.

Der drohende Bolschewismus.

Zwar richtet sich die neue Offensive der Japaner unmittelbar gegen China; aber die Äußerungen führender Japaner lassen nicht nur erraten, sondern in ihrer zynischen Offenheit deutlich erkennen, was hinter dem japanischen Vorstoß nach China steht: China ist der im Augenblick vom bolschewistischen Bazillus am meisten infizierte Staat, und es genügt ein Blick auf die Landkarte, um die Gefahr für die kapitalistische Welt zu zeigen, die darin liegt, wenn der einheitliche Komplex Sowjet-Union-China rein bolschewistisch ist.

Die Gefahr des Ubergreifens auf Britisch-Indien wäre dann eine Frage der Zeit, und diese drei Länder allein machen rund die Hälfte der Einwohner der Erde aus.

Die drohende Bolschewisierung Chinas (mag diese nun in dem heute behaupteten Ausmaß schon bestehen oder nicht) und die Stabilisierung des Kommunismus auf einem so ungeheuren Gebiet muß selbstverständlich die Imperialisten aller Schattierungen auf den Plan rufen. Was für diese zu ihrer prinzipiellen Gegnerschaft dem Bolschewismus gegenüber hinzukommt, das ist die Tatsache, daß ihnen mit China nicht nur weltanschaulich eine riesige Bevölkerung verlorengehe, sondern ein Land, das bei planmäßiger kapitalistischer Ausbeutung noch einen ungeheuren Markt für eine wahrscheinlich nicht kurze Zeit darstellen würde, — eine Chance also, an der der an einer fürchterlichen Krise krankende internationale Kapitalismus selbstverständlich riesig interessiert ist.

Sowohl die Rücksicht auf die fernere Zukunft also, auf die Aufrechterhaltung der bestehenden Klassenverhältnisse, als auch die Rücksicht auf die viel unmittelbarer sich anbietende Möglichkeit einer imperialistischen Expansion, gleichsam einer

Teilung Chinas unter den interessierten kapitalistischen Großmächten, führt hier diese zu einer gemeinsamen Arbeit gegen die Sowjet-Union.

In diesem Tatbestand, der heute nicht gut bestritten werden kann, sehen wir die Bedrohung der Sowjet-Union. In dieser unserer Stellungnahme werden wir unterstützt durch die Äußerungen zweier an führender Stelle stehenden japanischen Politiker und durch die Tatsache, daß die Versammlung imperialistischer Regierungen, die sich (bisher völlig unverdienter Weise) den Namen „Völkerbund“ gegeben hat, die japanische Aktion gegen China tatsächlich nicht gebremst, und zwar nicht einmal durch eindeutige Wortproteste verurteilt hat. Die Äußerungen der beiden Japaner besagen folgendes:

Der japanische Delegierte beim Völkerbund, Matsuo ka, schloß am 8. Dezember seine Rede im Völkerbund so:

„Sowjetrußland hat wenigstens Japan noch respektiert, wenn aber Japans Widerstand gegen die Sowjet-Union gelähmt werden würde, sei es durch den Völkerbund oder durch andere Mächte, dann könnten Sie (nämlich die angedeuteten Vertreter der Großmächte) sicher sein, daß der Sowjetismus die Jante-Mündung erreichen würde im Handumdrehen.“

Noch deutlicher, wenn dies überhaupt geht, ist der japanische Kriegsminister, General Araki, geworden, der einem Sonderberichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegenüber erklärte:

„Ich stelle mich den Versuchen Rußlands entgegen, den ganzen Erdball zu sowjetisieren, ganz besonders aber dem Unterfangen, das japanische Volk seinem kaiserlichen Herrscherhause zu entfremden. Aber ich glaube nicht, daß ein Krieg unvermeidlich ist. Was mich persönlich betrifft, trete ich für eine aktive Politik gegenüber Rußland ein, solange dieses nicht veranlaßt werden kann, den Kommunismus aufzugeben (1). Aber ich bin bereit, Rußlands Freund zu werden,

Giftmischer an der Arbeit.

Die Schwierigkeiten des Kabinetts Schleicher spitzen sich zu. Wenn Schleicher auch nach außen hin noch den starken Mann zu markieren sucht, so sickern doch bereits Gerüchte durch, daß innerhalb des Kabinetts starke Meinungsverschiedenheiten bestehen. Der Volkswiderstand z. B. gegen die Margarinevertuerung ist stärker, als man in Regierungskreisen erwartete. Die Verkennung der Folgen solcher Maßnahmen spricht sehr deutlich für die Wirklichkeits- und Volksfremdheit dieser Regierungsmänner.

Während Schleicher und seine Freunde bemüht sind, die Margarineschlappe mit möglichst wenig Prestigeverlust wieder gutzumachen, sind die Harzburger Ränkeschmiede und Projektmacher am Werke, um aus Schleichers Debakel möglichst großen Nutzen für ihre Parteien zu ziehen und Deutschland zum Opfer des unverhüllten Faschismus zu machen. Diesen Zielen diene in erster Linie eine

Zusammenkunft Hitlers mit Papen in Kö'n.

Schon vor einigen Tagen hatte „Der Jungdeutsche“ über ein Einschwenken Hitlers zu Papen berichtet. Darauf erfolgte ein wütendes Dementi der NSDAP. Auch Herr von Papen heilte sich natürlich, zu dementieren.

Der „Jungdeutsche“ hatte geschrieben: „Hitler muß zudem seinen Kampf mit dem Reichskanzler v. Schleicher austragen, da er seine Politik viel zu sehr in dieser Richtung festgelegt hat, und da auch von seiten des jetzigen Reichskanzlers eine Entscheidung in diesem Kampfe für notwendig gehalten wird.“

Die Bemühungen zur Wiederherstellung der Harzburger Front liegen ebenfalls durchaus im Zuge der politischen Entwicklung. Der zu erwartende neue Wahlkampf im Reich und ebenso der in Preußen wird aller Voraussicht nach dazu führen, daß — parlamentarisch gesehen — nur ein Zusammengehen der NSDAP mit der DNVP und anderen Teilen der Harzburger Front zur Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit besonders in Preußen führen kann.“

Auf die Dementis der Herren Hitler und Papen hin nahm die „Tägliche Rundschau“ sich der Sache an; sie erklärte die Dementis als irreführend und machte genaue Angaben über Zeit und Ort der Zusammenkunft:

„Wir wir erfahren, fand am Mittwochnachmittag in Köln in der Wohnung des Barons Schroeder eine geheime Unterredung zwischen Adolf Hitler und dem früheren Reichskanzler von Papen statt. Adolf Hitler war in Begleitung seines neuen Generalsekretärs, Rudolf Heß, und des obersten SS-Führers, Himmler, und seines Wirtschaftsberaters, Keppler, erschienen. Bei der Unterredung sind die Möglichkeiten erwogen worden, noch einmal den Versuch einer Kanzlerschaft Hitlers zu unternehmen. Angesichts der guten persönlichen Beziehungen des Herrn von Papen zum Reichspräsidenten hoffen die Beteiligten anscheinend, daß Herr von Papen den Reichspräsidenten dazu umstimmen kann, seine bisherigen Bedenken gegen eine Kanzlerschaft Hitlers fallen zu lassen.“

Jetzt blieb der „Nationalsozialistischen Pressekorrespondenz“ nichts anderes übrig, als die Tatsachen zuzugeben und den Versuch zu machen, die Verhandlungen zu bagatellisieren; sie veröffentlichte folgende Notiz:

„Auf der Durchreise Adolf Hitlers nach Lippe fand am Mittwoch im Hause eines Freundes der NSDAP in Köln

sobald es an den Bolschewismus verzichtet hat. Ich glaube, daß der Völkerbund in der Lage sein wird, die Verhältnisse in der Mandschurei vollkommen zu verstehen, wenn er einmal aufhört, Verträgen allein Wichtigkeit beizumessen. Wenn er statt dessen beginnt, gründlich die verwickelten Beziehungen der europäischen Mächte mit Rußland und die russisch-japanischen Beziehungen zu prüfen.“

Diese Betrachtung der Weltlage mit Generalsaugen — die nicht Verträgen allein Wichtigkeit beimessen — sagt also eindeutig, daß der japanische Imperialismus auf den Kampf gegen die Sowjet-Union nicht verzichten wird,

es sei denn, Rußland verzichte auf den Bolschewismus. Abgesehen davon, daß dies sehr unwahrscheinlich ist, würde damit unsere Behauptung von der Bedrohung der Sowjet-Union nicht weniger richtig werden; denn der Verzicht der Sowjet-Union auf die Durchführung des Sozialismus hieße eben praktisch die Erledigung der Sowjet-Union. Vom Erdboden vertilgen möchte sie sowieso keiner, — „liquidiert“ werden kann sie nur in ihrer Eigenschaft als Arbeiterstaat.

AUS DEM INHALT:

400 Gräber mahnen!
Ein Jahr politische Justiz.
Der „Ehrbare Kaufmann“ macht Jahresbilanz.
Der Krieg am Amazonas.
Warum Judenhaß?
Katholische Kurzgeschichten.

eine kurze Begegnung Adolf Hitlers mit dem früheren Reichskanzler von Papen statt.

Es handelt sich dabei lediglich um eine zwanglose Unterhaltung über die politischen Fragen der letzten Wochen.“

Papen dagegen war etwas deutlicher und plauderte mehr aus der Schule; er äußerte einem Vertreter des Conto-Büros gegenüber:

„Anlässlich meiner Reise nach Düsseldorf zu meiner Mutter habe ich mit Herrn Hitler eine politische Aussprache in Köln gehabt. Wie mir mitgeteilt wird, knüpft ein Teil der Berliner Presse an die Meldung hierüber Kommentare, die frei erfunden sind. So insbesondere die Darstellung, als ob die Unterredung mit Herrn Hitler eine Spitze gegen den Reichskanzler oder die gegenwärtige Regierung gehabt habe. Das Gegenteil ist der Fall.“

Die Aussprache hat sich ausschließlich um die Lösung der Frage gedreht, der schon die Arbeit des letzten Halbjahres gewidmet war, der Frage der Eingliederung der NSDAP in eine nationale Konzentration.“

Das war also das Ende vom Liede. Die „falschen Gerüchte“ erwiesen sich als richtig und rechtfertigten vollauf das Mißtrauen, das man solchen Dementis entgegenbringt.

Noch vor ganz kurzer Zeit hatte die nationalsozialistische Presse die volksfremden Barone und „feinen Leute“, wie den Herrenreiter von Papen, mächtig angeklafft. Jetzt setzt sich ihr großer „Osaf“ mit eben diesen „feinen Leuten“ an den Tisch seines Parteifreundes, des „Bank- und Börsenfürsten“ Baron von Schroeder in Köln, um mit dem „Herrenreiter“ heimlich darüber zu verhandeln, wie man dessen Beziehungen zu Hindenburg für eine Kanzlerschaft Hitlers verwerten und die alte reaktionäre Harzburger Front erneuern könne. Besser hätte Hitler in seinen Nöten und in seiner Skrupellosigkeit nicht entlarvt werden können, als er es jetzt selber getan hat. Der nationalsozialistischen Presse, wie dem „Völkischen Beobachter“ und dem „Angriff“, haben denn auch die vollzogenen Tatsachen, vor die sie plötzlich gestellt wurde, ganz die Sprache verschlagen; bisher unterschlägt sie ihren Lesern die Kölner Besprechung völlig.

Der Arbeiterschaft aber müssen diese Vorgänge hinter den Kulissen die Augen öffnen darüber, daß

die Gefahr Hitler längst nicht überwunden ist und daß wir wieder einer ähnlichen Regierungskrise entgegenstehen wie Mitte November 1932, wo es auf des Messers Schneide stand, ob nicht doch noch Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler berufen und also der offene Wahnsinn triumphieren würde.

Was soll die Sowjet-Union tun?

An diese Betrachtung der Tatsachen gehört die Frage angehängt: Was kann die Sowjet-Union, und was sollte sie tun gegen den hier einsetzenden konzentrischen Angriff?

Daß sie im Augenblick nicht riskieren kann, dem auf Beute ausziehenden mörderischen Imperialismus in die lästerliche Fratze zu schlagen, leuchtet ein. Die militärische Macht der vereinigten Imperialisten ist sicher der der Sowjet-Union überlegen. Wie weit hier die Sowjet-Union weiter sein könnte als sie ist, können wir nicht genau und wollen wir deshalb auch nicht an dieser Stelle untersuchen. Aber es sind ja nicht allein militärische Machtmittel, die gegen ein Land eingesetzt werden können. Schon zur Bedienung dieser Machtmittel sind Menschen nötig, und auch innerhalb der Zivilbevölkerung des Landes, das mit einem anderen Krieg führt, muß eine Stimmung vorhanden sein, die diesen Krieg wenigstens duldet, wenn sie ihn schon nicht unterstützt. Die arbeitende Bevölkerung, die an der Herstellung von Waffen und Munition beteiligt ist, die die Munition und die Truppen und deren Verpflegung zu

transportieren hat, — alle diese Menschen, die fast durchweg dem Proletariat angehören, müssen, wie gesagt, den

Angriff gegen die Sowjet-Union mindestens dulden, wenn ein solcher Angriff Erfolg haben soll.

Bei der ungeheuren Wichtigkeit, die die Stimmung der Bevölkerung der imperialistischen Länder in einem Krieg dieser Länder gegen die Sowjet-Union ausmacht, müssen wir hier fragen: Was hat die Führung der Sowjet-Union getan, um in dieser Bevölkerung eine Stimmung für Sowjet-Rußland zu erzeugen. Deutlicher gesagt: Was hat die Kommunistische Internationale getan in bezug auf die Werbung mindestens von Sympathien für den Arbeiterstaat? Das Ergebnis der Politik der Komintern ist, was hier gerade im Interesse der Erhaltung der Sowjet-Union gesagt werden muß, nichts weniger als ermutigend. Wenn wir allein die deutschen Verhältnisse ansehen und dabei die von uns oft und wahrlich nicht aus Vergnügen gezeigte Erschwerung der Bildung einer Einheitsfront des Proletariats durch die deutsche Kommunistische Partei, dann leuchtet ein, was durch die Politik dieser Partei an Sympathien für die Sowjet-Union wenigstens nicht geschaffen, wenn nicht gar verdorben worden ist. Man muß es der KPD leider immer wieder sagen,

daß die tatsächlich schlechte sozialdemokratische Politik nur für wenige Menschen ein Grund ist, von der Güte der kommunistischen Politik überzeugt zu sein.

Es wird niemanden geben, der behauptet, daß die Sozialdemokratische Partei sich mehr um Sympathien für die Sowjet-Union bemüht hätte als die kommunistische, aber gerade weil auch die Kommunistische Partei oft in geradezu trivialer Weise, wie z. B. innerhalb der deutschen Gewerkschaftsarbeit, die Interessen der proletarischen Klasse zu Gunsten einer nicht einmal klug durchgeführten bloßen Parteipolitik sabotiert hat, hat sie an Sympathien für die Sowjet-Union längst nicht das wirklich Gewonnen, was sie hätte werden können. Es wird immer wieder behauptet, die Politik der KPD und überhaupt der kommunistischen Parteien aller Länder würde von Moskau

bestimmt. Wir wagen vorläufig noch die Behauptung, daß dies unserer Meinung nach zu wenig geschieht; denn wenn die Politik der KPD wirklich von Moskau völlig bestimmt würde, dann ließe das unserer Meinung nach einen betrübenden Schluß auf die Unfähigkeit auch der Moskauer politischen Zentrale der Komintern zu. Wir glauben vielmehr, daß die kommunistischen russischen Genossen in ihrer Sorge um den inner-russischen Aufbau der Sorge um die Errichtung eines starken Walls von Sympathien außerhalb der Sowjet-Union nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Diese Sympathien sind nicht etwa für alle Zeit verscherzt. Im Gegenteil: Der unverhüllt im nackten Existenzkampf auftretende imperialistische Kapitalismus hat wenigstens den Wunsch innerhalb der Arbeiterschaft gestärkt, dieses Gebilde aus Beutegier und Ausplünderung loszuwerden. Die Sowjet-Union als der erste gelungene Versuch, das kapitalistische Prinzip aus der Wirtschafts- und Staatsführung zu bannen, lenkt deshalb mindestens die Aufmerksamkeit aller Arbeitenden auf sich. Wenn hier eine sorgsame Politik der kommunistischen Parteien dafür sorgte, daß die Einheitsfront der Arbeitenden — nicht als Manöver, sondern wirklich als gemeinsame Arbeit verstanden — aufgebaut würde, dann fände die Parole begeisterte Zustimmung, die Parole, die bei allen Bedenken, die auch der Sozialist gegenüber sowjetrussischen Maßnahmen im einzelnen anzumelden hat und später auch anmelden wird, richtig ist, und die dann allen Militaristen, Kapitalisten und Imperialisten wie die Posaunen des jüngsten Gerichts in die Ohren gellen würde:

Hände weg von Sowjet-Rußland!

Die Besetzung des östlichen Endpunktes der Chinesischen Ostbahn Progranitschnaja durch japanische Truppen wird jetzt amtlich bestätigt. Vor der Besetzung ergaben sich die chinesischen Truppen in Stärke von 3000 Mann den Japanern.

Progranitschnaja liegt bereits auf russischem Gebiet!

Die Unruhen in Spanien.

In Sevilla kam es zu einer Schießerei zwischen Kommunisten und Syndikalisten. Vier Personen wurden verwundet.

In der Nähe von Madrid und bei Saragossa ereigneten sich wieder Zugentgleisungen. Da es sich nur um Güterwagen handelte, hatten die Entgleisungen keine ernsteren Folgen. In einem anderen Fall ist ein Personenzug mit Steinen beworfen worden.

In der Gegend von Carmora sind die Landarbeiter in eine Reihe von Gutshöfen eingedrungen, um die Erntevorräte zu rauben.

Fememord in Bulgarien.

Trajanoff, ein bulgarischer Mazedonier, der vor einigen Tagen den Schriftleiter einer Zeitschrift der faschistischen IMRO, Estimoff, ermordet hat und selber mit einer Verwundung im Krankenhaus lag, ist dort von einer Krankenschwester erschossen worden. Trajanoff wurde von Polizei scharf bewacht, nur die Pflegerin und die Ärzte hatten Zutritt zu dem Krankensaal. Die Krankenschwester tötete den Verwundeten durch drei Pistolenschüsse und stellte sich dann der Polizei. Dort gab sie an, daß ein ihr unbekannter Mazedonier ihr am Nachmittag die Pistole und den Mordbefehl überbracht habe und ihr mit dem Tode gedroht habe für den Fall, daß sie sich seinen Anweisungen widersetze. Da sie selber Mazedonierin und mit den Gebrüchern der IMRO vertraut sei, habe sie aus Angst den Befehl befolgt.

Ausbau der Italienisch-türkischen Beziehungen.

Einem Bericht aus Rom zufolge hat der türkische Ministerpräsident, Ismet Pascha, angekündigt, daß die Türkei demnächst eine italienische Anleihe erhalten würde.

Die Verhandlungen über diese Anleihe sind anscheinend bereits im Mai 1932 geführt worden, als der türkische Ministerpräsident und der türkische Außenminister der italienischen Regierung einen Besuch abstatteten. Bei dieser Gelegenheit ist der italienisch-türkische Freundschaftsvertrag um fünf Jahre verlängert und eine engere wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten beschlossen worden.

Der Wahlkampf in Irland.

Auf einer von 20 000 Menschen besuchten Versammlung erklärte der irische Ministerpräsident, De Valera, daß er — wenn er nach den Wahlen wieder an die Regierung komme — das bisher vom Senat zurückgehaltene Gesetz zur Abschaffung des Treueides in Kraft setzen würde, daß ferner ein Gesetz in Vorbereitung sei, durch das die Landentschuldungslasten der Bauern auf die Hälfte herabgesetzt werden würden. Der Posten des Generalgouverneurs (der „Vertreter des englischen Königs in Irland“) dürfe in Zukunft nur noch ein Sechstel dessen kosten, was bisher dafür aufgewandt wurde. Der Posten des Generalgouverneurs sei überhaupt nutzlos und unnötig, und er würde ihn sofort abschaffen, wenn der Vertrag mit England nicht bestünde.

Die Opposition kämpft nicht in einer Front, da jede Partei fürchtet, durch „Zusammengehen“ mit der anderen irgend einen Teil des Wählerkreises zu verärgern. Sogar eine neue Splitterpartei ist noch rasch gebildet worden, die „Nationale Zentrumspartei“, die sich bereits an dem Kampf um die Stimmen beteiligt.

Noch ein schlechter Auftakt zur Abrüstung.

Die französische Regierung hat einen Schritt unternommen, der angesichts der gespannten internationalen Lage und der bevorstehenden Rüstungsverhandlungen in Genf sicher nicht geeignet ist, eine deutsch-französische Verständigung zu erleichtern: Sie hat eine Militärverordnung herausgegeben, durch die die Besatzung der Befestigungen an der deutsch-französischen Grenze noch weiter verstärkt wird.

Wie zu erwarten war, stürzt sich die deutsche Rechtspresse auf diesen zur Hetze so gut geeigneten Bissen und versucht, ihn als Beweis dafür anzulegen, daß die französischen Generale einen Angriff auf Deutschland planen.

Deutschland fordert Zahlungsaufschub für die Mixed Claims.

Deutschland hat dem amerikanischen Schatzsekretär Mills mitteilen lassen, daß es von seinem Recht Gebrauch machen wolle, die am 31. März fällige Zahlung der Mixed Claims (der sogenannten gemischten Schulden) und Besatzungskosten in Höhe von 33 Millionen Mark aufzuschieben.

Deutschland hat damit zum zweiten Male von dem Aufschubsrecht, das in dem deutsch-amerikanischen Abkommen niedergelegt wurde, Gebrauch gemacht. Bei den Zahlungen handelt es sich um den Ersatz gewisser Schäden und um die Erstattung von Unkosten während der amerikanischen Besatzungszeit.

Der ungarische Außenminister Pucky hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht und zu seinem Nachfolger den ungarischen Gesandten in Berlin, Koloman von Kanya, vorgeschlagen.

Der stellvertretende polnische Außenminister Graf Szembek ist auf einige Wochen nach Rom gefahren, wo er mit der italienischen Regierung wichtige politische Fragen zu besprechen gedenkt.

Zollbetrug eines Danziger Kapitalisten.

Gegen den Besitzer der größten Danziger Konditorei, Janatschek, und seinen Sohn wurde ein Prozeß wegen Zollhinterziehung angestrengt. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, einen Kraftwagen, mehrere Teppiche und ein Billard, unter der Bezeichnung „Umzugsgut“ und „gebrauchte Sachen“ aus dem Deutschen Reich nach Danzig eingeführt zu haben. Die Zollbehörde verlangt die Nachzahlung des Zollbetrages und einer Strafe von 100 000 Gulden.

Die Klage gegen Marlene Dietrich, die von der Paramount-Filmgesellschaft angestrengt worden war, ist zurückgezogen worden. Die Schauspielerin hat die von der Gesellschaft geforderte Mitarbeit an einem neuen Film zugesagt.

Der Krieg wird weitergetragen.

Japans Absichten und Chinas Proteste.

Nach 24stündiger Kampfpause ist am Donnerstag in der Gegend von Schanghai-Kwang von neuem gekämpft worden.

Einen deutlichen Hinweis auf die bevorstehenden japanischen Aktionen gibt eine Mitteilung des japanischen Botschafters in Washington an den besorgten Staatssekretär Stimson:

Japan habe „nicht die Absicht, einen weiteren Vormarsch auf Tientsin und Peking anzuordnen, falls ein solcher nicht von China herausgefordert werde“!

Der chinesische Kommandeur bei Schanghai-Kwang hat den Kailan-Kohlengruben verboten, an die japanischen Schiffe, die an der nahen Küste bereitliegen, Kohlen zu verkaufen. Wenn die Japaner Truppen landen, sollen die Kohlengruben in die Luft gesprengt werden.

Die fraglichen Gruben gehören einer englischen Gesellschaft.

Zu der Aktion in der Peping Provinz tritt der an anderer Stelle dieser Nummer mitgeteilte

Einbruch japanischer Kavallerie in das russische Amur-Küstengebiet an einer für die russischen Bahnen im Fernen Osten wichtigen Stelle.

Diplomatische Begleitmanöver.

In Tokio haben der Außen- und der Kriegsminister beschlossen, den „Fall Schanghai-Kwang“ durch „friedliche Verhandlungen“ mit den chinesischen Lokalbehörden „beizulegen“. Die Friedlichkeit wird ins richtige Licht gerückt durch das Drängen der Japaner, die „Verhandlungen“ lokal, in Peking, nicht mit der Regierung in Nanking zu führen; es soll eben unter Kanonen verhandelt werden.

Die chinesische Regierung

hat dem japanischen Gesandten in Nanking eine Protestnote übersandt. Darin werden gefordert:

1. die sofortige Zurückziehung der japanischen Truppen von Schanghai-Kwang,
2. die kriegsgerichtliche Bestrafung der für die Zwischenfälle verantwortlichen japanischen Offiziere und Mannschaften,
3. Garantien, daß derartige Zwischenfälle nicht mehr vorkommen,
4. die chinesische Regierung behält sich das Recht vor, Schadenersatz zu fordern.

Die chinesische Regierung beschuldigt die Japaner, ihre eigenen Gebäude in Brand gesetzt und damit den „Zwischenfall“ absichtlich hervorgerufen zu haben.

Protest gegen Japan.

Am Donnerstag wurden zwei Schaufenster eines japanischen Lokals in der Barbarossastraße (Berlin) durch Steinwürfe zertrümmert. Die Täter konnten unerkannt entkommen.

Winterluftlinie Moskau-Berlin.

Am Mittwoch flog das erste fahrplanmäßige Flugzeug der Winterluftlinie Moskau-Berlin ab. Die Strecke wird damit zum ersten Mal auch im Winter beflogen. In einer sowjetamtlichen Meldung wird hervorgehoben, daß die Derluft-Gesellschaft umfangreiche Hilfsarbeiten durchführen mußte, um die Befliegung der Strecke auch zur Winterzeit und für Nachtflugzeuge zu ermöglichen. Auf Sowjetgebiet sind in Abständen von je 30 Kilometern Leuchttürme errichtet worden. Außerdem wurden alle Flugzeuge mit Funkgeräten, Scheinwerfern und besonderen Raketen ausgerüstet, die zur Nachtzeit die Beleuchtung der Flugplätze ermöglichen.

Coolidge, der ehemalige Präsident der USA, ist am Donnerstag im Alter von 61 Jahren gestorben.

Krieg am Amazonas.

Sie sagen „Irrationales“ und meinen „Profit“.

Gu—n. Nachdem vor einigen Tagen die ersten kolumbianischen Kriegsschiffe die Riesenreise von der Amazonas-Mündung stromaufwärts nach Westen, quer durch den süd-amerikanischen Kontinent, angetreten haben, um die von den Peruanern gekaperte Stadt Leticia zurückzuerobern, wird jetzt auch Brasilien in den Konflikt hineingezogen. Die brasilianische Regierung hat beschlossen — um die kolumbianische Kriegsaktion zu unterbinden —, den zwischen Brasilien, Peru und Kolumbien im Jahre 1851 abgeschlossenen Vertrag über die freie Schifffahrt auf dem Amazonas zu kündigen. Dies bedeutet, daß

Brasilien den Amazonas für fremde Schiffe sperren wird. Die erste brasilianische Flottendivision (1 Kreuzer, 3 Torpedobootszerstörer, 5 Marineflugzeuge) war angewiesen worden, am vergangenen Donnerstag nach dem oberen Amazonas auszulaufen,

um die brasilianische Neutralität im kolumbianisch-peruanischen Konflikt zu wahren.

Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob es Zufall war, daß ausgerechnet vor einigen Tagen in der brasilianischen Hauptstadt (Rio de Janeiro) in Anwesenheit eines Ministers und führender Generale Giftgas-Versuche demonstriert worden sind.

Der Krieg am oberen Amazonas ist ein für europäische Ansprüche ziemlich stümperhaftes Unternehmen. Die kolumbianischen Schiffe sollen bei ihrer Urwaldreise infolge Brennstoffmangels auf dem Amazonas liegen geblieben sein. Für seinen neuen Krieg kauft Kolumbien sich seine Kähne aus europäischen Ladenhütern zusammen: in Rouen (Frankreich) z. B. werden sieben drei Handelsechiffe (ein französischer, ein englischer und ein norwegischer Dampfer), die von Kolumbien angekauft worden sind, zu Hilfskreuzern umgewandelt.

Worum handelt es sich bei dem Konflikt? Es ist so gut

wie sicher, daß es hier ebenso wie in dem anderen südamerikanischen Krieg, dem im Gran Chaco, um einen

Zank englischer und amerikanischer Kapitalisten um Oel und andere Objekte

geht. Eine ins einzelne gehende Information hierüber fehlt uns zur Zeit noch.

Ueber Kolumbien eine Mitteilung: Eine amerikanische Obstgesellschaft (United Fruit Co.) hat von der kolumbianischen Regierung vor kurzem die Santa-Maria-Eisenbahn-Gesellschaft für dreißig Jahre gepachtet. Sofortige Anzahlung seitens der amerikanischen Gesellschaft: 750 000 Dollar — was wohl nicht ohne Einfluß auf die kolumbianische Kaufkraft für europäische Kähne gewesen ist! Die United Fruit Co. hat in Kolumbien einen Bananentrost, und die gepachtete Bahn sichert ihr die Verbindung zwischen ihren ausgedehnten Bananefeldern. Die Bahn ist außerdem strategisch bedeutsam: sie verbindet die Küste mit dem Innern Kolumbiens.

Jedenfalls steckt auch hinter den südamerikanischen Kriegen der Profit. Ein Schreiber in der „Berliner Börsen-Zeitung“ hingegen gibt vor, „die völkerzwingende Notwendigkeit für den sich anbahnenden Krieg zwischen Peru und Kolumbien noch weniger begreifen zu können“ als die für den Krieg zwischen Bolivien und Paraguay. Der ratlose Mann mit dem Tiefsinn des dummen Hans fährt fort: „Das Irrationale verdrängt Ueberlegungen der Vernunft und den mäßigenden Einfluß der Diplomatie.“ Wir setzen eine sehr weitgehende soziologische und ökonomische Bildung bei den Redakteuren der „BBZ“ gewiß nicht voraus; ein derartiges Maß an Ahnungslosigkeit über das Wesen des Imperialismus jedoch, wie es hier zur Schau getragen wird, trauen wir den Redakteuren ausgerechnet einer Börsenzeitung in Wahrheit nicht zu.

Warum Judenhaß?

Rasseforscher gegen „Rasseforscher“.

Wie wenig der Judenhaß auf realen Grundlagen und wie sehr er auf Vorurteilen ruht, kann man leicht erkennen, wenn man die Schriften der Antisemiten mit einander vergleicht. Sehr aufschlußreich ist in dieser Hinsicht das grundlegende zweibändige Werk: Baur-Fischer-Lenz: „Menschliche Erblichkeitslehre und Rassenhygiene“, das in dem völkischen Rasseverlag Lehmann (München) erschienen ist.

Lenz, der sich zum Nationalsozialismus bekennt, sucht zunächst nach Erklärungsgründen für den weit verbreiteten Haß gegen eine Rasse, die nur 0,9 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung ausmacht, also in Deutschland 500 000 Köpfe zählt, die aber hauptsächlich den sozial besser gestellten Schichten angehören.

Die verhältnismäßig bedeutsame Rolle, die die Juden spielen, könnte sich einmal daraus erklären, daß diese Rasse so einflußreich ist, wie sie in der antisemitischen Literatur dargestellt wird. Man denke nur an die Schriften von Theodor Fritsch, vor allem an das „Handbuch der Judenfrage“, ferner an die Bücher des Jenaer „Rasseforschers“ Hans Günther, z. B. an die „Rassekunde des jüdischen Volkes“, und an das bekannte Buch „Der internationale Jude“ des Großindustriellen Henry Ford. Diese Bücher und Schriften ähnlicher Richtung kann man bei Behandlung des Judenproblems übergehen, da nach dem Urteil von Lenz „diese Literatur zum allergrößten Teil Tendenzliteratur ist. Dadurch leidet die Sachlichkeit ihres Urteils stark, zum Teil auch die Zuverlässigkeit ihres Materials.“ Ueber das erwähnte Buch von Fritsch schreibt Lenz in drastischer Weise, „es ist zu sehr auf Agitation eingestellt und zu wenig sachlich gehalten, gewissermaßen zu jüdisch und zu wenig germanisch“.

Die zweite Möglichkeit, woraus sich die Ausnahmebehandlung der Juden erklären ließe, wäre die, daß die Juden durch ihre Güte und Intelligenz die nichtjüdische Bevölkerung überragten. Diese Ansicht findet sich, wie Lenz meint, bei Fritz Kahn: „Die Juden als Rasse und Kulturvolk“, und bei F. Hertz: „Rasse und Kultur“. Hier liege dieselbe Einseitigkeit vor wie auf der Gegenseite.

Lenz meint nun im Gegensatz zu diesen Darstellungen, daß beide Rassen auf gleicher Stufe stehen, daß „der jüdische Geist neben dem germanischen die hauptsächlichste treibende Kraft der modernen abendländischen Kultur ist“. Daraus entwickelt sich ein scharfes Konkurrenzverhältnis zwischen beiden Rassen, „das ähnlich wie bei den verschiedenen germanischen Herrengruppen zu Machtkämpfen führt“. Daß diese Machtkämpfe zwischen Juden und Germanen mit besonderer Feindschaft ausgefochten werden, beruht nach Lenz „mindestens ebensowohl auf ihrer Wesensverschiedenheit, gerade auf der Ähnlichkeit in ihrer Befähigung“. Diese Ähnlichkeit beider Rassen zeigt sich auch gerade da, wo sie am häufigsten gezeugt wird, zum Beispiel in der Stellung zur körperlichen Arbeit. Nach Ansicht vieler Antisemiten soll die körperliche Arbeit von Juden verabscheut werden, dagegen bei den Germanen die gleiche Wertschätzung genießen wie die geistige. Lenz kommt bei seinen Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß auch „die Germanen nordischer Rasse die körperliche Arbeit lieber anderen überlassen, wenn sie sich über fremde Bevölkerungen ausgebreitet haben“, und glaubt, daß dies allgemein bei allen Menschen so sei. — Der Herrenwillen äußert sich allerdings nach Lenz' Darstellung bei den Germanen mehr in der Anwendung der Gewalt, bei den Juden in der Benutzung der List. Diese Verschiedenheit der beiden Rassen beruht nicht einmal auf verschiedener Veranlagung, sondern wird aus Auslesevorgängen erklärt. Bei den Juden sind „die kriegerischen Rasselemente durch die blutigen Kämpfe im Judenstaate, durch die revolutionären Er-

hebungen im römischen Kaiserreich, durch die blutigen Verfolgungen, denen sie im Mittelalter und bis in die neuere Zeit ausgesetzt gewesen sind“, ausgemerzt worden. Uebrigens stellt Lenz fest, daß „das deutsche Volk einer gleichgerichteten Auslese unterworfen ist, und, wenn das so weiter geht, dürfte es sich in Kürze kaum noch von den Juden in dieser Richtung unterscheiden“. — Auch die Behauptung, daß die Juden ihre Macht zur Zersetzung von Staat und Familie benutzen, ist nirgends bewiesen. Lenz hält im Gegenteil „ihren ausgesprochenen Familiensinn, ihre gegenseitige Hilfsbereitschaft, ihr Gefühl für die allgemeine Menschheit für alles andere als zersetzend“.

Bei den vielen Uebereinstimmungen in der rassistischen Veranlagung der Juden und Germanen wird es naheliegen, die Frage der Rassenmischung zu erörtern. Dabei sei vorausgeschickt, daß Lenz der Rassenmischung verwandter Rassen nicht grundsätzlich ablehnend gegenübersteht. Die Ansicht, daß „Rassenmischung zum Rassetod“ führe, ist falsch; ebenso die Behauptung, alle großen Kulturen seien von reinen Rassen hervorgebracht. Im Gegenteil zeigt es sich, daß „die allermeisten Genies einen Mischtypus zeigen“. Es trifft auch nicht zu, daß bei Rassenmischung die rassistisch minderwertigeren Eigenschaften unbedingt durchschlagen und die besseren verdrängen. Trotzdem befürwortet Lenz die Rassenmischung zwischen Juden und Germanen nicht, weil er glaubt, daß dadurch „die Eigenart beider Rassen“, die trotz vieler gemeinsamer Züge da ist, „beeinträchtigt“ wird. Er sieht allerdings „eine Rassenmischung der eingeseßenen deutschen Judenfamilien mit der germanischen Bevölkerung nicht für so schlimm an als die Einwanderung neuer Ostjuden“, selbst wenn keine Rassenmischung stattfindet.

Die Ansichten des nationalsozialistischen Rasseforschers Lenz wird man nur noch durch einige Bemerkungen ergänzen müssen. Die auffälligen und so oft getadelten Eigenschaften, die viele Juden in Deutschland (keineswegs überall auf der Erde) besitzen, wie zum Beispiel die Vorliebe für kaufmännische Berufe, erklären sich daraus, daß es Jahrhunderte gab, in denen die Juden unter einer scharfen Sondergesetzgebung standen, in denen ihnen beispielsweise jede andere als die kaufmännische Beschäftigung verboten war. In anderen Ländern, in denen solche Sondergesetze nicht bestanden haben, sind die Juden noch jetzt fleißige Bauern und Handwerker. — Sodann muß man vor allem noch daran erinnert werden, daß die „Judenfrage“ nur ein Teil der sogenannten Rassenfrage ist. Einer Frage, die erfunden wurde, um die Ursachen der Not zu verbergen. Die Rebellion des Proletariats soll aufgehalten werden. Darum erfindet man, daß es ganz in Ordnung sei, wenn es zwei Klassen mit verschiedenen Rechten gibt. Die eine Klasse gehört nämlich, so sagt man, zur besseren Rasse, und sie sei eben darum herrschend und zur Herrschaft berechtigt geworden. Die andere Klasse, das Proletariat, gehört zur schlechten Rasse und verdient darum, beherrscht zu werden; sie muß der Herrenrasse dienen. So will man zeigen, daß der Aufstiegszwillen des Proletariats unberechtigt ist, würde dieser Aufstieg doch bedeuten, daß man die Herrschicht der edlen Junkerrasse beseitigt. — Wenn es die aus den edelrassigen Menschen bestehende Rasse gar zu schlimm treibt, dann darf das natürlich nicht an der edlen germanischen Rasse der Junker und Kapitalisten liegen, sondern einzig und allein die Juden, die sich eingemischt haben, sind schuld. Das ist der Sinn der Judenfrage. Otto Stamford.

Katholische Kurzgeschichten.

Die Gilde des „heiligen“ Lukas.

In Oesterreich gibt es seit einem Jahr eine Vereinigung katholischer Aerzte, die sich nach dem Evangelisten Lukas, der ein Arzt gewesen sein soll, als „St. Lukas-Gilde“ bezeichnet. „Ihr Wesen ist“ — wie eine katholische Zeitung berichtet — „die Erhebung des ärztlichen Berufes durch die Heiligung der eigenen Person.“ Wie geht solche „Heiligung“ vor sich? Durch aktives Vertreten kulturwidriger Kirchenforderungen! Die erste Großtat der Lukasse war eine Protestschrift nach Genf, wo das Komitee für soziale Fragen beim Völkerbund eine Entschließung angenommen hatte, derzufolge alle Aerzte verpflichtet werden sollten, Frauen unter gewissen Umständen den Gebrauch empfängnisverhütender Mittel zu lehren.

Das kommt dabei heraus, wenn Aerzte „Heiligung“ statt Heilung betreiben!

Kardinal und Gondoliere.

Der Kardinal von Venedig, La Fontaine, sandte vor einigen Tagen einen Boten aus und ließ den Vorsitzenden des Verbandes der Gondoliere zu sich bestellen. Dieser kam und der Kardinal fragte ihn: „Welches ist der ärmste Gondoliere von Venedig?“ Der Verbandsvorsitzende nannte dessen Namen. Daraufhin schenkte der Kardinal dem ärmsten Gondoliere die schöne kostbare Kardinalgondel.

Märchen werden Wirklichkeit, und dem Bürger laufen vor Rührung die Tränen über die Backen. Freidenker sind unsentimentaler. Wenn sich der reiche Kardinal damit vergnügt, den armen Gondoliere wie ein Kind zu beschenken, so wirbt er damit um Sympathien für eine Organisation, die das Volk hindert, sich von Almosen unabhängig zu machen und Rechte zu erkämpfen.

Entwässert die Pfarrgüter!

Welche Bedeutung hat der „Freiwillige Arbeitsdienst“ in seelsorglicher Hinsicht? Darüber gibt uns folgender Erlaß des erzbischöflichen Ordinariats Freiburg (i. Br.) Aufschluß:

„Um möglichst viele Dienste durchführen zu können, müssen geeignete Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Es ist deshalb zu überlegen, ob nicht auch an Pfarrgütern Meliorationen und Entwässerungen durchgeführt werden können.“

Wo es Vorteile zu erhaschen gibt, da ist die Kirche auf dem Posten. Wir schließen uns ihren Entwässerungswünschen an:

Grabt der Kirche das Wasser ab!

H. Lt.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

München: Samstag, 7. Januar, 20 Uhr, im Gasthof Rechtsnot über Deutschland, Josephspitalstr. 9. Thema: Rechtsanwalt Lewinski (Kassel).

Berlin: Dienstag, 10. Januar, 20 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35, (Nähe Alexanderplatz). Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Betriebskollegen an die Abwehrfront! Redner: Gustav Heckmann. Freie Aussprache. Eintritt 20 Pfennig. Erwerbslose 10 Pfennig.

Wirtschaftspolitische Aussprache:

Berlin: Montag, 9. Januar, 20 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35 (Nähe Alexanderplatz). Thema: „Die Schädigung von Arbeitern und Bauern durch die gegenwärtige deutsche Handelspolitik.“ Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pfennige. Für Erwerbslose frei.

BRUNO GLUCHOWSKI
HOHLEN-KULIS
 REVOLTE AN DER RUHR (50)
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

18 Verletzte liegen in einem großen Saal des Städtischen Krankenhauses. Teils sind es Verbrannte, teils Gasvergiftete. Stöhnen der Verwundeten, die in Watte und Gaze eingemummt sind, und Röcheln der nach Luft ringenden Gasvergifteten dringt bis in den langen, weißgekachelten Korridor. Krankenschwestern in blauweiß gestreiften Kleidern und weißen Häubchen versehen die Kranken. Die liegen meist apathisch da, denken an nichts als an ihre Schmerzen und Beschwerden. Noch ist der Bann des furchtbaren Erlebnisses in der Grube nicht von ihnen gewichen. Die Oberchwester kommt herein, gibt sich ein gewichtiges Aussehen, sagt: „Meine Herren, Sie bekommen Besuch.“

Das Wort Besuch läßt einige in ihren Betten auffahren. Besuch, der ist doch schon seit zwei Stunden weg? Oder ist inzwischen schon wieder ein Tag verstrichen? Gespannt schauen sie auf die sich jetzt öffnende Tür. Ein großer, dicker Her in schwarzem Mantel, den grauen Hut in der Hand, tritt auf den Zehenspitzen herein, gefolgt von zwei körbetragenden Männern, denen man den Arbeiter schon auf hundert Meter Entfernung ansieht. Nanu, das ist doch der Inspektor Eulenberg von Zeche Westfalia. Was will er denn hier? Auf den Zehenspitzen schleicht er umher, sieht aus wie ein Bär. Der Inspektor tritt an das erste Bett, in dem der Hauer Wolters liegt, reicht dem Kranken die Hand.

„Guten Tag, Wolters. Na, wie geht's? Bißchen besser, ja? Freut mich, freut mich sehr. Hoffentlich sind Sie bald wieder auf dem Damm. Die Zecheverwaltung hat ihre braven Knappen nicht vergessen. Da, ich habe Ihnen etwas mitgebracht. Eine Flasche guten Rotwein, die wird Sie stärken.“ Er gibt einem der ihn begleitenden Arbeiter ein Zeichen, dieser hält ihm eine langhalsige Flasche hin. Der

Inspektor stellt sie auf den Nachttisch. „Lassen Sie sie sich gut schmecken, und da“, er winkt dem zweiten Arbeiter, „hier die Zigarren ebenfalls, wenn Ihnen der Arzt wieder das Rauchen erlaubt.“

Wolters richtet sich mühsam auf, reicht dem Inspektor die Hand. Der gute, liebe Herr Inspektor, der hat seine Leute doch nicht vergessen. Er stöhnt etwas.

„Bleiben Sie nur ruhig liegen, Wolters“, drückt ihn der Inspektor in die Kissen zurück. „Und nun werden Sie mir recht bald gesund. Glück auf, Wolters.“

„Glück auf — Herr — — Inspek — tor.“

Dankbar schaut der Verbrannte seinem davongehenden Vorgesetzten nach, der jetzt an das nächste Bett tritt und auf die Namenstafel schaut.

„Ah, Winter, guten Tag. Freut mich, daß Sie so gut aussehen. Wird wohl bald werden, was?“

Winter tut, als wenn er ihn nicht sieht, dreht sich auf die andere Seite. In den nächsten Betten liegen Verbrannte ohne Besinnung. Auf jedes Nachttischchen wird eine Flasche Wein und ein Kistchen Zigarren hingestellt. Von Bett zu Bett geht der Inspektor, spricht mit den Kumpels, drückt ihnen die Hand. Im vorletzten auf der anderen Seite liegt ein ungefähr zweiunddreißigjähriger Kumpel mit blassem, hagerem Gesicht, dunklen Augen und schlohweißem Haar. Der Inspektor tritt an sein Bett, sieht auf die Namenstafel, zuckt zusammen.

„Gerling, Günther Gerling?“, fragt er, indes die dunklen Augen nicht von seinem Gesicht weichen.

„Wie Sie sehen, Herr Inspektor. Scheinen mich wohl schon aus dem Gedächtnis gestrichen zu haben.“

„Mein Gott, Mann, Sie haben ja weißes Haar bekommen.“

Daran ist nicht der liebe Gott schuld, sondern Ihre verfluchte Zeche.“

„Ich habe von Ihrer wunderbaren Rettung gehört, Herr Gerling.“

„Die Ihnen sicher sehr ungelogen kam, Herr Inspektor.“

„Was reden Sie da, Mann Gottes.“

„Ich spreche das aus, was Sie mir schon oft gewünscht haben.“

„Herr Gerling, nun seien Sie doch vernünftig. Lassen Sie uns als Mann zum Manne reden.“

„Habe ich Sie gerufen Was wollen Sie von mir? Morgen ist doch der 15. der Tag, an dem ich meine Entlassungspapiere holen kann.“

„Ich wollte Ihnen mitteilen, daß die Kündigung in diesem Falle selbstverständlich zurückgenommen ist.“

„Bis zu meiner Wiederherstellung zurückgeschoben, wollten Sie sagen, nicht wahr?“

„Sie wollen mich nicht verstehen. Und dann komme ich, um Ihnen, wie all den anderen Verletzten die besten Wünsche der Verwaltung zu Ihrer baldigen Genesung auszusprechen.“

„Soheren Sie sich zum Teufel. Schämen Sie sich nicht als Christ, der zu sein Sie immer vorgeben, Halbtote noch zu verhöhn? Sie wünschen uns baldige Genesung, damit Sie uns um so schneller wieder in die Grube hineintreiben können. Was suchen Sie hier? Haben Sie uns Menschen geachtet, als wir noch unverletzt unsere Haut tagtäglich zu Markte trugen? Haben Sie uns nicht schlimmer wie das Vieh behandelt? Wir waren Ihnen Arbeitstiere, und weiter nichts. Unsere Menschlichkeit haben Sie im Bewußtsein Ihrer Macht mit Füßen getreten, die Notlage der Kumpels ausgenutzt, um Ihre Profitrate und Ihr Ansehen als unersetzlicher Leiter einer Kohlengrube zu steigern. Haben Sie danach gefragt, was mit den Hunderten von Kumpels geschieht, die Sie auf die Straße gesetzt haben, weil sie eine andere Gesinnung haben als Sie, haben Sie danach gefragt, ob sie mit ihren Familien auch jeden Tag satt zu essen hatten? Haben Sie jemals Menschlichkeit geoffenbart, wenn es sich nicht um Ihre eigene Person handelte? Hundertsechundsiebzig Menschenleben haben Sie auf dem Gewissen, verehrter Herr, denn nur Ihre verfluchte Antreiberei und Ihre Jagd nach Kohlen ist schuld daran, daß ein solches Unglück entstehen konnte. Vor Ihren Mitbürgern stehen Sie rein und makellos da, sind der ehrenhafte Bürger Bergwerksinspektor Wilhelm Eulenberg. In den Augen der Kumpels aber sind Sie gerichtet, betrachtet man Sie als Mörder. Merken Sie sich das, Sie Schinder. Und nun verlassen Sie mich bitte.“

(Fortsetzung folgt.)

Ausbeutung im FAD.

Zu dem Artikel in Nr. 281 des „Funken“ erhalten wir folgende Zuschrift:

Bei der Abwägung des Für und Wider, wann die Arbeiterschaft sich am Freiwilligen Arbeitsdienst beteiligen kann, ist folgender Punkt noch von entscheidender Bedeutung:

Können wir es als Sozialisten verantworten, daß unter stärkstem wirtschaftlichem Druck stehende Erwerbslose für geringen Lohn im FAD für Arbeiter-Organisationen beschäftigt werden?

In der Nr. 276 des „Funken“ wird unter anderem für eine Beteiligung von Arbeiter-Organisationen am FAD angeführt, daß den Erwerbslosen eine geringe Verdienstmöglichkeit gegeben wird. An und für sich ist wohl nichts dagegen einzuwenden, wenn Arbeiter-Organisationen sich mit Hilfe von Staatsgeldern Kinderheime, Turnhallen, Sportplätze (der Bau von Sportplätzen wird neuerdings nur noch in Ausnahmefällen genehmigt, die Red.) und Badeanstalten bauen; im Gegenteil!

Der Weltliche Eltern-Bund (WEB) in Braunschweig läßt durch das „Reichsbanner“ eine Wiese bei einem Schullandheim planieren. Diese Arbeit wäre in nächster Zeit wegen Geldmangel sicher nicht ausgeführt worden; man dachte auch zuerst gar nicht daran! Die Tatsache, daß der FAD eingerichtet wurde, gab erst den Anreiz zu dem Plan, den man jetzt durch den FAD auf billige Art und Weise verwirklichen wollte.

Die „Reichsbanner“-Kameraden wohnen in dem Schullandheim des WEB, werden völlig beköstigt und erhalten täglich 50 Pfennige bar ausgezahlt, wovon sie ihre Kleidung u. a. w. bestreiten müssen. Der WEB bekommt je Teilnehmer 1,20 Mark täglich (für Wohnung und Verpflegung), das „Reichsbanner“ 10 Pfennig (für Gerätschaften) Aufwendung, pro Mann also 1,80 Mark täglich. Die Arbeitszeit beträgt rund 40 Stunden in der Woche.

Pro Tag und Mann werden vom Reich 1,80 Mark bezahlt. Das ergibt für die Woche 12,60 Mark (der Sonntag wird natürlich mitgerechnet), oder einen Stundenlohn von etwa 30 Pfennigen. Das ist sehr wenig. Ist es nun aber nicht einfach selbstverständliche Solidarität, wenn erwerbslose Mitglieder und Sympathisierende ihre Zeit und Kraft dem WEB zur Verfügung stellen? Sicher kann und sollte es so sein, aber nicht nur bei den erwerbslosen Mitgliedern und Sympathisierenden! Selbst angenommen, daß nur solche Teilnehmer in einem Arbeitsdienstlager der Arbeiterschaft zusammengefaßt sind, die Mitglieder der betreffenden Arbeiter-Organisation sind, — sehr oft sind auch Organisationslose im Lager, handelt es sich hier um eine grundsätzliche Frage, die nicht nur für den WEB, sondern für alle Arbeiter-Organisationen Bedeutung hat.

Viele Kreise der Arbeiterschaft (vom Minister zum Dienst und außer Dienst herunter bis zum angelernten Fabrikarbeiter) arbeiten sicher nicht für einen Stundenlohn von etwa 30 Pfennigen und würden ein solches Anerbieten mit Recht entrüstet ablehnen. Sie scheuen sich aber nicht, von ihren erwerbslosen Gesinnungsgenossen dies als „Selbstverständlichkeit“ anzusehen. Noch mehr! Sie machen in „Wohltätigkeit“ und stellen ihr Ansinnen noch als etwas Lobenswertes hin. So sagen manche Gewerkschaftsbeamte: „Wir geben den erwerbslosen Genossen wieder einen Lebensinhalt!“ oder: „Wir geben ihnen eine — wenn auch geringe — Verdienstmöglichkeit!“

Auf der einen Seite verlangen die Freien Gewerkschaften mit Recht die Bezahlung nach Tarif, während verschie-

dene Arbeiter-Organisationen sich durch den FAD Arbeiten verrichten lassen, weit unter tarifmäßiger Bezahlung. Dies ist eine krasse Ausbeutung der erwerbslosen durch vermögende Mitglieder der betreffenden Organisationen (zum Beispiel Minister, Parteisekretäre u. s. w.), denn vielfach sind weniger die Erwerbslosen Nutznießer der für die Organisation neugeschaffenen Einrichtungen (zum Beispiel der Landheime), als vielmehr diese Mitglieder mit noch leidlich hohem Einkommen. Diese sollten aus Solidarität gegenüber ihren

erwerbslosen Gesinnungsgenossen ihren Organisationen einen entsprechenden Teil ihres Einkommens abgeben. Sie brauchen sich dabei durchaus nicht völlig zu verausgaben; viele erwerbstätige Arbeiter und Angestellte wären ja überhaupt von vornherein nicht in der Lage, von ihrem kärglichen Einkommen noch einen Teil abzugeben.

Wenn man sich also entscheiden will: Für oder gegen eine Beteiligung der Arbeiterschaft am FAD, so sollte man dies vor allem davon abhängig machen, daß dadurch nicht eine Ausbeutung der Erwerbslosen durch die Erwerbstätigen in der betreffenden Arbeiter-Organisation stattfindet; ist dies der Fall, dann sollte man sich gegen eine Beteiligung entscheiden.

Albert Bennemann, Wilhelm Retat (Braunschweig).

Wogegen man im Freiwilligen Arbeitsdienst ankämpfen muß

In einem staatlichen Führerkurs für den Freiwilligen Arbeitsdienst hatten sich die jungen „Führer“ in ihren Arbeitsgemeinschaften folgenden Mist ausgedacht:

„Der Freiwillige Arbeitsdienst ist Aufbruch der jungen Nation, die Enge des deutschen Lebensraumes (!) und die Aufspaltung (!) der politischen und kulturellen Kräfte in sich selber zu überwinden, und zwar mit dem Einsatz ihrer Arbeit und mit dem Willen zu lebendiger Gemeinschaft und organischer Volksordnung, um so durch Selbstgestaltung ihres jungen Schicksals mitzuschaffen am Neubau des Vaterlandes.“ (Zitiert nach „Deutscher Arbeitsdienst“, 1. Heft 1933.)

Berliner Arbeitsdienstlager fliegt auf.

Das Arbeitsdienstlager der Stadt Berlin in Vogtsbrügge bei Havelberg ist aufgelöst worden. Wegen eines bevorstehenden Führerwechsels sind — nach Mitteilungen des Nachrichtenamts der Stadt Berlin — „Unstimmigkeiten“ eingetreten, worauf der größte Teil der Arbeitsdienstwilligen das

Lager verließ. Da der Termin, der von vornherein für die Auflösung des Lagers vorgesehen war, nahe bevorstand, wurden keine neuen Arbeitsdienstwilligen in das Lager wieder aufgenommen. Der Rest der noch im Lager Verbliebenen wird auf Wunsch auf andere städtische Lager verteilt. — Wie der „Vorwärts“ erfuhr, verstand es der Lagerleiter, ein junger Regierungsbauarbeiter, nicht, Fühlung mit den Arbeitsdienstwilligen zu bekommen. Die Vertreter von 39 Arbeitsdienstwilligen, die wegen dieser Unstimmigkeiten das Lager verließen, schickten Vertreter an den Jugendpfleger der Stadt Berlin und baten um Uebernahme in ein anderes Lager. An der Mitteilung des städtischen Nachrichtenamts befremdet die Verheimlichung der Vorgänge, die zu den genannten „Unstimmigkeiten“ geführt haben. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren, was in den Arbeitslagern der Stadt Berlin vorgeht.

Grippeepidemie in einem Arbeitslager.

In einem Arbeitsdienstlager in Ellernwurth bei Wremen (Kreis Wesermünde) erkrankten 60 Arbeitsdienstfreiwillige, das ist die Hälfte aller Lagerinsassen an Grippe.

Der Kampf um den Lohn.

Tarifikündigung in den Granit- und Marmorwerken Georg Dassel in Allagen. Der Arbeitgeberverband für das südöstliche Westfalen kündigte den bestehenden Lohntarifvertrag zum 31. Januar.

Tarifikündigung in der Oberschlesischen Kalkindustrie. Der Arbeitgeberverband hat den Lohnvertrag bereits gekündigt und Lohnabbau gefordert. Nun wurde zum 31. März auch der Manteltarif gekündigt. In der niederschlesischen Kalkindustrie wurde der Lohnvertrag zum 31. Januar gekündigt.

Lohnabbau in den bayerischen Gärtnereibetrieben. Eine neue Lohnsenkung wurde durchgeführt. In Zukunft beträgt der Spitzenstundenlohn des verheirateten Gehilfen in Ortsklasse I 63 Pfennige (bisher 68 Pfennige), in Ortsklasse II 60 Pfennige, in Ortsklasse III 57 Pfennige, in Ortsklasse IV 57 Pfennige; des verheirateten Arbeiters in der höchsten Ortsklasse 57 (bisher 61) Pfennige, in Ortsklasse II 54 Pfennige, in Ortsklasse III 51 Pfennige, in Ortsklasse IV 48 Pfennige; der Arbeiterin über 20 Jahre in der höchsten Ortsklasse 32 (bisher 34) Pfennige, in Ortsklasse II 30 Pfennige, in Ortsklasse III 29 Pfennige, in Ortsklasse IV 27 Pfennige. Zu diesen Löhnen kommen die üblichen Zulagen.

Vor einem allgemeinen Textilarbeiterstreik in Armentières.

Die Textilarbeiterverbände aller Richtungen haben in einer gemeinsamen Versammlung beschlossen, den seit Mittwoch geführten Streik von 1000 Textilarbeitern in Armentières (Frankreich) zu einem allgemeinen Textilarbeiterstreik des Industriebezirks von Armentières auszuweiten. In dem Bezirk sind etwa 10 000 Textilarbeiter beschäftigt. 600 Weber sind bereits aufgerufen worden, am Freitag die Arbeit niederzulegen.

Der Streik richtet sich gegen die Einführung eines neuen Lohntarifs, den die Unternehmer fordern. Diese haben sich geweigert, Verhandlungen mit den Gewerkschaften aufzunehmen.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lippmann, Berlin, Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Riederwall
Engelsplatz 12

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzug d. Inserates 5%o Rabatt!

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 35, Luisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
**Unterstützt
Eure
Zeitung!**

Sprechapparate Koffer/Schattullen/Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!
Otto Pfothhauer, Wolmar
Gläserstr. 14

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto
nur 2,20 RM. Frei Haus
gegen Voreinsendung auf
Postscheck Magdeburg 179 24.

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kaut man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweherstr. 16/17.

Butter
Käse, Eier
Landbrot
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen
unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Maßarbeit **erstklassig**
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. **Spezialität:**
Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

Ist der Zins die Ursache für die kapitalistische Ausbeutung?
Läßt sich die Wirtschaftskrise durch Geldreform beseitigen?
Wer sich über diese Fragen Klarheit verschaffen will, der lese:
Führt Geldreform
aus Kapitalismus und Krise?
Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.
Von Helene Beyer.
52 Seiten. Gehöft 0,40 M.

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen **Maßanzug**
aus erstklassigem Stoff,
mit bestem Futter,
in sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch nach unten,
je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, MAGDEBURG, Jetzt
Johannlaberstr. 10, III.



Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiter-
klasse? — Wenn Du schon kein Redner
und Agitator bist, verwende wenigstens
bei jeder Gelegenheit **Klebemarken**
mit dem Einheitszeichen. — Bestelle
die Klebemarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.

Es kosten bei Voreinsendung des
Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zu-
sendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachschneidgebühr

BERLIN
KAMERA
DIE Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Seit **Amerika von heute**
4. Januar: **Heinrich Hauser-Film**
Chicago, die Weltstadt in Fliegerjahren.
Der Unterweltfilm
Straßen der Weltstadt
mit Sylvia Sydney u. Gary Cooper.
Anfangszeit: 15. 17. 19 und 21 Uhr

Aus der Presse-Urteile:
„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwandgeldtheoretiker ihre
fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“ Nr. 27. 2. Juli 1932.
„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre
von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“ Nr. 136 vom 13. Juni 1932.
„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Gold-
währung geben dem Leser fernerhin das Rüstzeug in die Hand, auch andere
Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Ver-
suche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum
gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur —
leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschafts-
politisch Interessierten.“ „Prager Presse“ Nr. 165 vom 17. Juni 1932.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto Berlin 818 42.

Schleicher verhandelt mit Straßer.

Während soeben Hitler eine geheime Unterredung mit Herrn von Papen hatte, die offenbar der Unterhöhlung der Position Schleichers dienen sollte, ist auch die andere Seite nicht untätig und sucht ihre Gegenmeinungen zu legen. Nach Nachrichten, die der „Frankfurter Zeitung“ aus sicherer Quelle zugehen, hat am Dienstagabend eine Unterredung zwischen Schleicher und Gregor Straßer stattgefunden. Diese Unterredung wird von „zuständiger Stelle“ zunächst zwar ebenfalls dementiert, doch fällt an dem Dementi schon der Umstand auf, daß eine Besprechung am Mittwoch in Abrede gestellt wird, wovon gar nicht die Rede war.

Schäferhund in Aktion.

Der von Schleicher zum „Schäferhund für Arbeitsbeschaffung“ ernannte Landrat Gereke gibt allerhand Einzelheiten über sein Sofortprogramm bekannt und sagt dazu, er lege Wert auf die beschleunigte Durchführung des Sofortprogramms; nach der Festlegung der Richtlinien werde sofort mit den praktischen Arbeiten begonnen werden.

Wir warten ab, ob auf die praktischen Arbeiten in Rundfunk, Pressebesprechungen und Zeitungsartikeln wirklich andere praktische Arbeiten folgen.

Hessischer Landtag erst Ende Februar.

Der Aeltestenrat des hessischen Landtages hat beschlossen, von einer Einberufung des Plenums vorläufig abzusehen und die bereits verhandlungsreifen Anträge mit der Beratung des Staatsvoranschlags zu verbinden, der Anfang Februar dem Landtag vorgelegt und dann in den Ausschüssen beraten wird. Mit einer Einberufung des hessischen Landtages ist somit kaum vor Ende Februar zu rechnen.

Umtausch Berliner Anleihen.

Die Finanz- und Steuerdeputation der Stadt Berlin hat sich damit einverstanden erklärt, daß den Gläubigern für die am 1. April 1933 fälligen 25 Millionen Berliner Schatzanweisungen ein Umtauschangebot gemacht werden soll. Nach diesem Angebot würden am 1. April statt der zu 110 Prozent rückzahlbaren Schatzanweisungen neue fünfjährige, mit 6 Prozent jährlich verzinsliche ausgegeben, die jährlich mit 10 Prozent getilgt und mit 108 Prozent zurückgezahlt werden. Am 1. April 1933 soll nur das Aufgeld auf die bisherigen Obligationen in Höhe von 10 Prozent ausbezahlt werden.

Politische Zusammenstöße.

In Hamburg fand im Stadtteil Hamm in der Nacht auf Freitag eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten statt, wobei auch geschossen wurde. Zwei Polizeibeamte wurden ebenfalls angegriffen, worauf sie von der Schußwaffe Gebrauch machten. Alle an der Schlägerei Beteiligten ergriffen darauf die Flucht. Bald darauf wurde in der Nähe ein Trupp Nationalsozialisten von der Ordnungspolizei angehalten und nach Waffen durchsucht. Bei einem der Nationalsozialisten wurde ein geladener Trommelrevolver und bei einem anderen eine Schreckschußpistole gefunden und beschlagnahmt. Ein dritter Nationalsozialist führte eine Hieb- waffe bei sich. Alle drei wurden festgenommen.

In Erfurt-Nord entstand ebenfalls in der Nacht zum Freitag ein politischer Zusammenstoß zwischen einem Zug uniformierter Nazis, die von einer Versammlung zurückkamen und der zuschauenden Menge, unter der sich viele Arbeiter befanden. Die Nazis wurden mit Schmährufen empfangen und mit Steinen beworfen. Dabei gab es mehrere Verletzte. Die Polizei ging mit dem Gummiknüppel gegen die Menge vor. Auch nach Auflösung des nationalsozialistischen Zuges kam es noch zu blutigen Schlägereien. Ein Nationalsozialist wurde dabei durch Messerstiche schwer verletzt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Demonstrationsverbot in Lippe.

In Lemgo in Lippe kam es Donnerstag zu einem politischen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei drei Nationalsozialisten verletzt wurden, darunter einer so schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Auf Grund dieser Vorkommnisse hat die Lippsche Landesregierung sämtliche Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel wieder verboten mit der Begründung, die Zusammenstöße zwischen radikalen Parteien in Lemgo machten diese Maßnahmen erforderlich.

Der Orkan, der am Montag und Dienstag vor der norwegischen Westküste große Verheerungen anrichtete, hat die Strandung des 3000 Tonnen großen deutschen Dampfers „Pollux“ aus Flensburg, der sich auf der Fahrt von Sarpsborg (Oslofjord) nach Kiel befand, verursacht. Der Dampfer war in der Nacht bei orkanartigem Sturm in schwere See geraten. Er konnte am Morgen von einem norwegischen Dampfer ins Schlepptau genommen werden.

Achtung! Achtung!

Hier darf nicht laut gesprochen werden!

Das Reichsarbeitsgericht erlebte dieser Tage seine erste geheime Verhandlung:

Ein früherer Flugschüler führt seit längerer Zeit einen Rechtsstreit gegen die Verkehrsfliegerschule in Berlin. Die Verkehrsfliegerschule habe in Aufrufen und Werbeschriften unrichtige Angaben über die Aussichten des Fliegerberufes gemacht. Der Kläger will durch dieses Vorgehen geschädigt worden sein. — Da in der Verhandlung

augenblicklich wichtige, im öffentlichen Interesse geheimzuhaltende Dinge

zur Sprache kamen, wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die Pressevertreter wurden nicht zugelassen. Die Revision des Klägers wurde kostenpflichtig abgewiesen.

Es ist ziemlich durchsichtig, welche Dinge hier geheimgehalten werden sollen. Es wird sich um dieselben

dem öffentlichen Interesse geradewegs widersprechenden Interessen

handeln, die seit Monaten die Polizei veranlassen, alle Bemühungen um die Aechtung des Krieges — die allerdings von der deutschen Regierung offiziell und feierlich beschworen worden ist — mit besonderer Aufmerksamkeit und besonderen Schikanen zu verfolgen.



400 Gräber mahnen zur Einheit!

Deutsche Diktatur in Zahlen.

Die „Rote Hilfe“ veröffentlicht eine Statistik der bei politischen Zusammenstößen getöteten Antifaschisten. Diese Zahlen sind nach Angabe der „Roten Hilfe“ genau ermittelt worden und können Fall für Fall dokumentarisch belegt werden:

Es wurden getötet:

Im Jahre 1932.

im Monat	von Faschisten	von Polizisten	insgesamt
Januar	10	—	10
Februar	4	3	7
März	11	7	18
April	9	—	9
Mai	7	7	14
Juni	15	9	24
Juli	47	39	86
August	18	5	23
September	1	2	3
Oktober	8	3	11
November	7	4	11
Dezember	2	2	4

Insgesamt: 139 81 220

Im Jahre 1931

Insgesamt: 49 55 104

Im Jahre 1930

Insgesamt: 41 36 77

von 1930—1932	insgesamt:	172	401
---------------	------------	-----	-----

Terror gegen Linksgerichtete im Jahre 1932:

Nach den Meldungen in der Presse, die nur schwerere Fälle mitteilte, waren 1932 zu verzeichnen:

Naziüberfälle: 1710, Polizeiaktionen: 988, Haussuchungen: 472, Versammlungsverbote: 816, Organisationsverbote: 1, Presseverbote: 126 Verbote auf insgesamt 3384 Tage, das sind 9 Jahre, 4 Monate und 24 Tage!

Pollzel-Terror gegen die KPD.

Parteitag verboten!

Das Essener Polizeipräsidium teilte der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei mit, daß der geplante 14. Bezirksparteitag der KP für das Ruhrgebiet während der ganzen Dauer polizeilich überwacht werden müsse. Da die KPD dieses jeder juristischen Grundlage entbehrende Ansinnen energisch ablehnte, ist ein Verbot des Parteitages zu erwarten.

Versammlungsaufhebungen.

In Oberhausen löste der überwachende Polizeibeamte eine KP-Versammlung ohne Angabe von Gründen auf, ließ den

Neuer Nazimord an Breslauer Jugendgenossen

Im Norden Breslaus wurde am Donnerstagabend eine Gruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend von Nationalsozialisten überfallen. Dabei wurde der junge Arbeiter Fritz Hanisch durch einen Stich in den Hals so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Das herbeigerufene Ueberfallkommando nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Sächsischer Landtag zum Dresdener Fememord.

Am 12. Januar wird der sächsische Landtag zusammentreten, um über die Aufhebung der Immunität des Nazi-Abgeordneten Bennecke zu beschließen; außerdem stehen einige Anträge und Anfragen über die polizeiliche Behandlung des Fememordes an Hentsch auf der Tagesordnung.

Am 10. Januar berät der Rechtsausschuß des sächsischen Landtags über den Antrag auf Aufhebung der Immunität von Bennecke.

„Gott, Kaiser und Bauer.“

Das Infolge der Störungsversuche der vereinigten schwarzen und braunen Reaktion vom Spielplan des Deutschen Theaters in Berlin abgesetzte Schauspiel von Julius Hay wird in der beinahe vollständigen erstklassigen Originalbesetzung des Deutschen Theaters im Berliner Wallner-Theater aufgeführt.

Nie wieder Krieg!

Tagung der Kriegsofoper.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen veranstaltete am Donnerstagabend einen Empfang aus Anlaß einer in Berlin stattfindenden Tagung der Kriegshinterbliebenen-Organisationen aller am Weltkrieg beteiligt gewesen Länder. Hauptgegenstand dieser Tagung ist die Beschlußfassung über eine namens dieser Verbände gemeinsam an die Abrüstungskonferenz zu übersendende Entschliebung. In ihr soll zum Ausdruck gebracht werden, daß

die Kämpfer des Weltkrieges 1914—18 den Frieden verlangen und nie wieder einen Krieg wünschen.

Der Präsident Brandeis der „Ciamac“, die 3½ Millionen Kriegsofoper aller am Weltkrieg beteiligten Länder vereinigt, und der Vorsitzende der 4 Millionen umfassenden „Fidac“, einer Organisation der Kriegsteilnehmerverbände aus den ehemals alliierten und assoziierten Ländern und aus den neuen Staaten im Osten, überbrachten Grüße.

Ferner fand die Uraufführung des Filmes „Kriegsofoper klagen an“, statt. Dieser Film ist trotz der Einsprüche des Reichswehr- und des Reichsinnenministeriums von der Oberfilmprüfstelle vor wenigen Tagen zur Aufführung auch vor Jugendlichen zugelassen worden.

Politische Zugehörigkeit der 1932 Getöteten:

Von den 139 von Faschisten Getöteten gehörten an: der KP 43, der SP 30, keiner Partei 41, christlichen Verbänden 2 Sportorganisationen 5, Kampfbünden 8, der Kommunistischen Jugend 5, der „Roten Hilfe“ 5;

von den 81 von Polizisten Getöteten gehörten an: der KP 13, der SP 4, keiner Partei 48, Sportorganisationen 4, Kampfbünden 3, der Kommunistischen Jugend 2, der „Roten Hilfe“ 2, unter den Toten waren 5 Frauen.

Diese Statistik ist nicht ganz vollständig, aber hinreichend, um sich ein Bild von der Parteizugehörigkeit der Ermordeten machen zu können. Zu beachten ist noch, daß manche der Getöteten gleichzeitig mehreren Organisationen angehörten, zum Beispiel der KP und einer Sportorganisation.

Die Mehrzahl der Getöteten befand sich im Alter zwischen 18 und 30 Jahren.

Ein Jahr politische Justiz gegen Links.

Die „Rote Hilfe“ teilt eine Statistik über die während des Jahres 1932 gegen linksstehende Personen in Deutschland geführten politischen Prozesse mit. Diese Statistik enthält nur diejenigen Prozesse und Urteile, die in der großen Tagespresse veröffentlicht worden sind. Im einzelnen ergeben sich folgende Zahlen:

	Prozesse	Angeklagte	Freisprüche	Freiheitsstrafen (Jahre) Davon in O Zuchthaus
Reichsgericht	198	396	46	583 (210)
Sondergerichte	292	1 084	156	960 (455)
Sonstige Gerichte	6818	32 196	8584	14 023 (3 922)
Insgesamt	7308	33 676	8786	15 566 (4 587)

Dazu kommt ein Todesurteil.

Referenten und den Versammlungsleiter nach dem einstündigen Referat verhaften und den Saal von einem Polizeikommando unter Anwendung des Gummiknüppels und der blanken Waffe räumen.

In dem Münchener Vorort Pasing wurde eine von etwa 300 Erwerbslosen besuchte Versammlung während der Diskussion aufgelöst, als der kommunistische Stadtrat Knödler über die Organisation des erfolgreichen Kampfes der Erwerbslosen zur Durchsetzung der Winterhilfeforderungen berichtete wollte.

Selbstmord begingen im Jahre 1932 in der Straflaft infolge schlechter Behandlung oder Krankheit 31 politische und kriminelle Gefangene.

Anhalter Nazis gegen die Verfassung.

Der anhaltische Ministerpräsident hat der Reichstagsfraktion der NSDAP den Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes zugeleitet, wonach den Länderregierungen gestattet werden soll, bei ihren Maßnahmen, die sie auf Grund der Reichsverordnung zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden treffen, von den Grundrechten der Reichsverfassung abzuweichen. Das anhaltische Ministerium hat nämlich die Gehälter der höheren Staats- und Gemeindebeamten weiter gekürzt, was sich einige sozialdemokratische Beamte nicht gefallen lassen wollen, da diese Kürzung nicht vereinbar sei mit den wohlverworbenen Rechten der Beamten. Der Staatsgerichtshof vertritt dieselbe Auffassung; daher versuchen die Anhalter Nazi-Minister jetzt einen Vorstoß gegen die Grundrechte der Verfassung selber.

Hitlers „richtige Ebene“.

In einer Wahrede in Detmold sagte Hitler, die NSDAP dürfe sich nicht auf eine falsche Ebene schieben lassen. Auch wir wollen hoffen und mithelfen, daß die Nazis auf die richtige Ebene geschoben werden, nämlich auf die schiefe Ebene.

Zu lebenslänglicher Trauer verurteilt.

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Bayerische Kurier“ den Befehl des Bannerführers der Berliner Hitler-Jugend zur Kenntnis, wonach aus Anlaß der Ermordung eines ihrer Mitglieder sämtliche Fahnen und Wimpel solange mit Trauerflor zu versehen seien, bis Hitler Führer des Deutschen Reiches sei.

Irre dürfen nur Irrsinniges lesen.

Wir entnehmen der „Münchener Post“: Der thüringische Nazi-Innenminister hat an die thüringische Landesheil- und Pflegeanstalt Hildburghausen — hier sollte seinerzeit Adolf Hitler Gendarmeriekommissar werden — folgende Verfügung ergehen lassen:

„Das Auslegen von kommunistischen, sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Zeitschriften und Zeitungen in den Räumen der Anstalt wird hiermit verboten. Wir er-suchen umgehend das erforderliche zu veranlassen.“

Gez.: Sauckel.“

Der in der thüringischen Stadt Meuselwitz amtierende protestantische Pfarrer Dr. Wolf ist Weihnachten strafversetzt worden. Außerdem hat die Kirchenbehörde den mit ihm bestehenden Kirchenvertrag gelöst. Der Dr. Wolf muß in fünf Monaten seine kirchliche Tätigkeit aufgeben.

Dr. Wolf ist Sozialdemokrat. Er hat in Versammlungen für die Sozialdemokratische Partei geworben. Die Entlassungsurkunde wurde ihm von einem Oberpfarrer überreicht, der als Stammgast der Naziversammlungen bekannt ist.

Der „Ehrbare Kaufmann“ macht Jahresbilanz.

Der Jahresversammlung „Eines ehrbaren Kaufmanns“ (der behördlichen Organisation der Hamburger Kaufleute) legt die Handelskammer Hamburg, wie alljährlich, ihren Jahresbericht vor.

„Wendemarke des Krisenablaufs“?

Nach Meinung der Hamburger Handelskammer liegt die Ursache der Weltwirtschaftskrise in der Zerstörung des „weltwirtschaftlichen Marktgefüges“. Dieses sei zerstört worden: international durch die Kriegsschuldenszahlungen und durch die Handelskriegsmaßnahmen der Regierungen; innerhalb Deutschlands durch die Beschränkungen der freien Unternehmerinitiative.

„Die Hoffnung, daß die Wendemarke des Krisenablaufes erreicht ist, darf sich auf einige grundsätzliche Annahmen stützen. Einmal scheint das Bewußtsein aller Völker endgültig dahin gelangt, in dem Bestehen der aus unproduktiven Kriegshandlungen erwachsenen internationalen Verschuldung der Staaten eine der Hauptursachen der weltweiten Handelsstockungen zu erblicken.“ Zum anderen bestehe Aussicht,

Die Maske: Für Freiheit der Wirtschaft!

Gegen Kollektivismus, Staatskapitalismus, à la Schleicher und Luthersche Hilfswirtschaft:

„... es wäre falsch, den karikativen Leistungen, solange sie noch erforderlich sind, aus Nachgiebigkeit gegenüber volkstümlichen Strömungen und dilettantischen Wirtschaftsetzern Gewand und Sprache einer grundsätzlich anderen Gesellschaftsordnung zu leihen und von der freien Erwerbswirtschaft „Sektoren“ abzukünsten, die notwendig neue Hemmungen für eine zum Aufschwung geneigte Wirtschaftsverfassung werden müßten.“

Gegen die „Hochburg des deutschen Bürokratismus“:

„Die im Laufe des Jahres verschärften Devisenbestimmungen sowie die zu einer Unübersichtlichkeit angehäuften und das Geschäft überwuchernden Erlasse, Anweisungen, Anordnungen und dergleichen haben allen am Außenhandel Beteiligten Belastungen von ungeheurem Ausmaß zugemutet und Fesseln angelegt, die ihnen eine erfolgreiche geschäftliche Tätigkeit außerordentlich erschwert. Außer allen formularmäßigen Verpflichtungen...“

„Es widerspricht beispielsweise jedem Grundsatz einer modernen Steuerverwaltung, daß die

Erhebung von 17 Steuerarten und der Zölle ausreicht, um einen Anteil von 98,7 Prozent der im Rechnungsjahr 1931/32 aufgekommene Zoll- und Steuereinnahmen... zu erzielen, während es des Verwaltungsaufwandes für 16 weitere... Steuerarten bedarf, um den restlichen Bedarf von... 1,3 Prozent des gesamten Aufkommens sicherzustellen.“

Gegen Subventionen:

„An den staatswirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen war wiederum in erster Linie die Landwirtschaft als Nutznießerin beteiligt, der trotz der durch die versuchte Stabilisierung der Getreidepreise herbeigeführten Belastung der Gesamtbevölkerung immer wieder neue Subventionen, teils im Rahmen des Osthilfeprogramms, teils als Zinssenkung oder Sicherungsmaßnahmen für die Einbringung der Ernte zubilligt wurden... Und dennoch haben alle die erwähnten Maßnahmen, die zu Gunsten der Landwirtschaft zur Durchführung gebracht worden sind, deren Forderungen nach weiteren Hilfsmaßnahmen, die auf Kosten anderer Wirtschaftsgruppen und unter Belastung der gesamten Bevölkerung der Landwirtschaft dienen sollen, nicht verstummen lassen... Darum sind

alle Subventionen, die von Reichs wegen auf Kosten einer Wirtschaftsgruppe irgend einer anderen zugeführt werden, vergebend...“

„Unter dem Gesichtswinkel der Vertrauenswerbung mag die deutsche Bankenbereinigung als Erfolg angesehen werden (?). ... Unter keinen Umständen aber können die schweren Bedenken unterdrückt werden, die vom Standpunkt

Das wahre Gesicht: Für Freiheit der Ausbeutung!

Wer die bisher angeführten, fast ausschließlich im ersten mehr theoretischen Teil des Handelskammer-Berichts stehenden Ansichten und Forderungen der Hamburger Kapitalisten liest, könnte zu der Meinung kommen, hier Bundesgenossen im Kampf für eine wirklich freie Wirtschaft gefunden zu haben. Er muß seine Meinung aber gründlich revidieren, je mehr er sich dem Ende der Schrift nähert, wo die einzelnen Interessentenhaufen ihre Wünsche anmelden.

Gegen freie Konkurrenz:

„Mitte Dezember ist es gelungen, den seit Kriegsausbruch ruhenden Frachtenpool (für die Nordatlantik-Schifffahrt) in neuer Form wieder ins Leben zu rufen, wodurch eine erhebliche Besserung der Lage erwartet werden kann.“ Was unter Besserung der Lage zu verstehen ist, steht einige Seiten weiter: „Da... eine Rentabilität der im Nordatlantikverkehr beschäftigten (Passagier-) Schiffe kaum (!) noch möglich war, sind (auf der Atlantik-Konferenz, der halbjährlichen internationalen Zusammenkunft der maßgebenden Reedereien)... mit Wirkung vom 5. Dezember 1932 sämtliche Preise erhöht worden...“ weil einige Linien mit ihrem Austritt drohten. „Durch diese Erhöhung der Fahrpreise sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Linien ausgeglichen worden.“

Die so gerühmte freie Unternehmerinitiative der königlichen Kaufleute, deren Feld die Welt ist, beschränkt sich also darauf, Meinungsverschiedenheiten auszugleichen über die Frage, wie hoch man selbst in Krisenzeiten die Preise noch schrauben kann.

Als nach dem Auseinanderfall des La Plata-Frachtenpools „der daraufhin mit aller Schärfe einsetzende Ratenkampf... die ausgehenden Frachten nach und nach so gedrückt (hatte), daß sie in vielen Fällen kaum (!) zur Deckung der Lade- und Löschkosten ausreichten“, hatte man nichts Eiligeres zu tun, als „den La Plata-Frachtenpool wieder zusammenzubringen, sodaß für das nächste Jahr bessere Ergebnisse zu erwarten sind.“

Nichts ist diesen Vertretern der „freien“ Wirtschaft also unangenehmer als freie Konkurrenz.

Mit zustimmenden Worten berichtet die Hamburger Handelskammer über den Zusammenschluß der Elbschifffahrt „zu öffentlich-rechtlichen Verbänden, die Beschränkung der Ausnutzung beziehungsweise Vermehrung des Kahn- und Schlepp-Parks, die Festsetzung der Mindest- und Höchstfrachten und die Regelung der Verteilung des Frachtgutes“. (Vergleiche „Funke“ Nr. 215.)

Vor Outsiders hat man geradezu ein Grauen: „Eine unnötige Verschlechterung der Frachtraten“ im Verkehr mit der

daß die für das Frühjahr 1933 geplante Weltwirtschaftskonferenz „ihre erste Sorge der Aufgabe zuwendet, deren Lösung im Hinblick auf die Wiederherstellung geordneter Wettbewerbs- und Marktverhältnisse von grundlegender Bedeutung ist: der Stabilisierung der Sterlingwährung und aller mit ihr gewollt oder ungewollt verkoppelten Geldsysteme...“ Geht die Gesamtbewegung auf langsame Lösung der depressiven Verkrampfung, so ergibt sich daraus auch für die innerdeutsche Wirtschaftspolitik die Pflicht, nur solche Maßnahmen zu treffen und Hilfen zu gewähren, die systemgerecht sind. Das heißt:

es darf nichts geschehen, was die Wiederherstellung einer nach ihren eigenen Gesetzen arbeitenden Erwerbs- und Marktwirtschaft stört.

... Der vom Pape-Plan vorgezeichnete Kurs — Wiederherstellung der Unternehmungs-freiheit des Einzelnen — muß gehalten und dieser Entwicklung Ruhe vor neuen Eingriffen gewährt werden.“

Sehen wir uns diese „Systemgerechtigkeit“ einmal genauer an!

der Gesamtwirtschaft und des Allgemeininteresses gegen das Verfahren des Reiches zu erheben sind. Zunächst sprechen die allgemeinen Gründe dagegen, die gegen jegliche Sonderunterstützung und Bevorzugung einzelner Unternehmungen... sprechen.“

Gegen Staatseingriffe auf dem Kreditmarkt:

„Für Deutschland gilt, daß seine kreditwirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland erst dann Grundlage eines wirtschaftlichen Wiederaufstiegs bilden können, wenn das Auslandskapital auf Grund freiwillig eingeräumten Vertrauens in die deutsche Wirtschaftsführung in Deutschland verbleibt und in vermehrtem Maße dorthin zurückfließt. Das System der Stillhaltung erschwert überdies den natürlichen Liquidationsprozeß der Wirtschaft in der Zeit der Depression...“ Hier versteigt sich die Hamburger Handelskammer also sogar zu der bolschewistischen Forderung, daß man ungesunde Betriebe Bankrott gehen lassen solle!

Die „Sonderinsolvenzrechte der Landwirtschaft“ verurteilt sie mit scharfen Worten. „... jeder Landwirt (ist) im Gegensatz zu allen anderen Privatschuldnern in die Lage versetzt, sich durch einseitigen Akt ein Moratorium zu verschaffen, ohne dabei seine wirtschaftliche Existenz irgendwie zu gefährden...“

... die Zinsen, deren wechselnde Höhe bisher als wichtiges Kriterium der Lage angesehen wurde, (befinden sich) weiterhin im Zustande der Zwangsbewirtschaftung.“

Für Vertragstreue:

Das zuletzt angeschnittene Thema taucht immer wieder auf; überall verurteilt die Hamburger Handelskammer „jedes Eingreifen des Staates in wohlverbriefte Rechte“.

„Wenn Reichsregierung und Reichsbank es für nötig gehalten haben, gegen starke Widerstände die Parität der Reichsmark aufrechtzuerhalten, so muß dem vor allem aus Gründen der Rechtssicherheit zugestimmt werden.“ Das landwirtschaftliche Entschuldigungsverfahren ist ein „nicht zu rechtfertigender Eingriff in die Rechte der Gläubiger“. Die staatliche Zinssenkung ist als ein „Eingreifen des Staates in wohlverbriefte Rechte“ grundsätzlich auf das schärfste zu verdammen.“

Für Freihandel:

„Die zunehmenden Erschwerungen des zwischenstaatlichen Güterausstausches führten... zu erneuten handelspolitischen Gegenmaßnahmen des Auslandes. Ein Ausweg kann nur dadurch gefunden werden, daß sich die Gesamtheit der am internationalen Waren- und Kapitalverkehr beteiligten Länder zu einer grundsätzlichen handelspolitischen Neuorientierung entschließt.“ Der Aktivsaldo der deutschen Handelsbilanz beweist, „daß der Mechanismus der kapitalistischen Marktwirtschaft auch ohne starre Einfuhrhemmungen... diejenige Gestaltung der Zahlungsbilanz herbeizuführen vermag, die unsere Schuldnerlage erfordert.“

Gegen Subventionen an die anderen...

Die starken Worte des Berichts über die Subventionen an Landwirtschaft und Banken haben wir schon angeführt. Hier noch ein Beispiel, und zwar eines aus dem Gebiet der Schifffahrt:

... die Abgaben auf der Havel sind nach dem Kriege verdreifacht, während sie auf dem Hohenzollernkanal nur um 20 vom Hundert erhöht sind, ... wodurch eine erhebliche Abwanderung des Verkehrs von Hamburg nach Stettin erfolgt ist.“ Diese Regelung erklärt die Hamburger Handelskammer für ungerecht.

... aber für Subventionen an sich selber:

... die in verschiedenen Ländern erwogenen Abwrackpläne (haben) in Deutschland greifbare Gestalt angenommen, ... und das Abwracken der mehr als 20 Jahre alten Fahrzeuge bis zu einer Gesamttonnage von 400 000 Brutto-Register-Tonnen (wurde) beschlossen.“ Sich dafür 12 Millionen Mark von der Regierung zahlen zu lassen, widerstrebt diesen Kämpfern gegen Subventionen nicht!

BRASILIEN

Dünger aus Kaffee: Nach Kaffee-Kohle und Kaffee-Brot gibt es Kaffee-Dünger. Eine Eisenbahnlinie in Sao Paulo hat Versuche über die Verwendung minderwertigen Kaffees zur Herstellung organischen Düngers machen lassen. Sie sind anscheinend günstig ausgefallen. Die Eisenbahnlinie hofft, daß sich bei billiger Düngerversorgung eine Produktionssteigerung in den an ihrer Bahnlinie gelegenen Gegenden ergibt und sie auf diesem Umweg aus dem Kaffee-Dünger Profit ziehen kann.

SCHWEDEN

So vergeht der Ruhm der Welt: Die Zentralverwaltung des schwedischen Zündholztrasts ist aus dem Stockholmer Zündholzpalast nach der südschwedischen Stadt Jönköping, dem Hauptsitz der schwedischen Zündholzproduktion, übersiedelt. — Aus dem Zündholzpalast wird entweder ein Luxushotel oder das Verwaltungsgebäude einer großen Versicherungsgesellschaft.

„Wenn im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf Drängen der Heringsfischereien... der Bau von 30 Heringsloggern (aus Reichsmitteln) beschlossen worden ist“, so erheben sie auch dagegen keine grundsätzlichen Bedenken.

Mit warmen Worten begrüßt der Bericht der Hamburger Handelskammer das Pape'sche Subventionssystem der Steueranrechnungsscheine (auf Seite 9 und 57).

Vertragstreue nur gegenüber Kapitalisten-Vorrechten, nicht gegenüber Arbeiterrechten!

Der Gesetzgeber „muß es... für seine vornehmste Pflicht halten, sobald wie möglich wieder zu dem Grundsatz der Vertragstreue... zurückzukehren“. Schöne Worte! Aber

der Mantel der Ehrbarkeit fällt, sobald es um des „ehrbaren Kaufmanns“ eigenen Vorteil geht:

Beim Reichshaushalt ist „die weitere Drosselung der Ausgaben wesentliche Voraussetzung für die künftige Einlösung der Steuergutscheine“. Wie diese Drosselung der Ausgaben erfolgen soll, wird sehr vorsichtig umschrieben: „einschneidende Reformen... bei der Sozialversicherung“, „entscheidende Sanierungsmaßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet“. Die Unternehmungen können „die Kosten, insbesondere die Löhne“, nicht aufbringen. Den Raub der wohlverbrieften Rechte der Arbeiter, Invaliden und Arbeitslosen — Rechte, die durch Tarifvertrag und Versicherungsgesetze festgelegt sind, — durch die Pape'schen Notverordnungen begrüßt der Bericht der Hamburger Handelskammer als „Lichtblick“, als „einen bedeutsamen Fortschritt auf dem erstrebten Wege, insbesondere durch Stärkung des Vertrauens zur Regierung“. Die Kammer bedauert, daß diese Notverordnungen zum Teil wieder aufgehoben wurden.

Sie wissen, was sie tun.

Diese Vertragsbrüche fordert und fördert die Hamburger Handelskammer, obgleich sie weiß, daß der Raubbau an der Kaufkraft der Verbraucher nicht unschuldig an der Wirtschaftskrise ist. Sie weiß, daß die Hauptursache der Krise darin liegt, daß „die Verbraucherkreise nicht über genügende Aufnahmefähigkeit verfügen“. „Die billigen Touristen- und Erholungsfahrten (zu Schiff) erfreuten sich im allgemeinen guten Zuspruchs.“

Die Reichsbahn „läßt sich selbst durch einen Fehlbetrag im Betriebetat nicht darin beirren, auf diesem Wege (der niedrigen Tarife) als dem einzig gangbaren zur Wiederbelebung des Wirtschaftslebens... beharrlich fortzuschreiten.“

Die Versuchung läge nahe, durch eine durchschnittlich achtprozentige Erhöhung aller Tarife den Betriebetat auszugleichen... Aber sie (die Reichsbahn) verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß Tarifierhöhungen zur Zeit wirtschaftlich unmöglich sind und sogar Unterlassungen von rechtzeitigen Tarifermäßigungen den Verkehr drosseln.“ (Seite 63.)

Ja, Bauer, das ist was anderes! Das sind die Preise, die die „ehrbaren Kaufleute“ bezahlen müssen! Wo sie die Preise zu bekommen haben, da klingt ein anderer Ton in dem Bericht der Hamburger Handelskammer:

... die Herabsetzungen der Fahrpreise... haben den erhofften Mehrverkehr nicht gebracht... (Daher) sind... sämtliche Preise erhöht worden, sodaß... im nächsten Jahre wohl mit einer etwas besseren Rentabilität zu rechnen sein wird.“ (Seite 80.)

Wir verzichten darauf, unser Urteil über diese „Wirtschaftsführer“ mit eigenen Worten auszusprechen. Sie richten sich selber.

Mitschuldige am nächsten Krieg.

Es paßt zu ihrer eben aufgezeigten Haltung, daß diese Herren mehrfach die Kriegsfanfane blasen, obgleich sie oft genug aussprechen, wie sehr die Gesundung der Wirtschaft von der Anbahnung internationaler Verständigung abhängt.

Mit der Verständigung über den Abbau der Handelskriegsmaßnahmen sollen nach Meinung der Hamburger Handelskammer selbstverständlich die anderen anfangen: „Solange der Gegensatz (hinsichtlich des internationalen Güterausstausches) besteht, sind die betroffenen Länder im Kampf gegen die Auswirkungen der Krise auf die eigenen Kräfte angewiesen.“

„Die Handelskammer erkennt die Notwendigkeit an, der Landwirtschaft zu helfen... vor allem wegen der

Bedeutung, welche die Landwirtschaft in wehrpolitischer Hinsicht... besitzt...“

... eine vordringliche Aufgabe des Staates ist, durch geeignete Maßnahmen, wie den Arbeitsdienst für Jugendliche... für die Ertüchtigung und Erziehung der Jugend zu sorgen.“

Der Bericht der Hamburger Handelskammer darf nicht schließen, ohne daß das schwarz-weiß-rote Steckenpferd jedes hamburgischen Deutschen geritten ist: Unsere Gedanken müssen „aus Gründen nationalen, politischen und wirtschaftlichen Charakters sich zurückwenden auf die hohe Aufgabe kolonialer Betätigung, von der Deutschland noch immer durch die Folgen eines ungerechten Machtspruches ferngehalten wird.“

Freiheit, die ich meine.

Die Freiheit, die sie meinen, das ist ihre eigene Freiheit, gute Geschäfte zu machen. Dazu verlangen sie die Freiheit, andere zu zwingen, daß sie ihnen dabei helfen. Mögen das nun deutsche Landwirte, deutsche Arbeiter oder afrikanische Arbeiter sein.

Kurz: Die Freiheit, andere auszubeuten, das ist die Freiheit, die sich der „Ehrbare Kaufmann“ — und nicht nur in Hamburg! — zum Jahreswechsel wünscht.

Es kommt darauf an, ihm diese Freiheit gründlich zu beschneiden! Curt Bär.

DEUTSCHLAND

Ein Abwrack-Plan ohne Subventionsforderungen! Binnen-schiffahrtreedereien auf der Elbe, Oder und den märkischen Wasserstraßen arbeiten einen Plan aus, nach dem sie 500 000 Tonnen Kahnraum, rund 12 Prozent des derzeitigen Bestandes, abwracken wollen, und zwar aus eigenen Mitteln und mit Hilfe von Bankkrediten. — Ein seltener Fall!

26 000 Kleinsiedlerstellen und 74 000 Kleingärten sind laut jetzt vorliegendem Bericht auf Grund der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 bisher „gefördert“ worden. Die Baukostenhöchstgrenze von 3000 Mark und die Höchstgrenze für das einzelne Darlehn von 2500 Mark sind eingehalten worden. Das Reich hat unmittelbar nach der Notverordnung 48 Millionen, im Juni 1932 weitere 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt und neuerdings noch 10 Millionen Mark zugesagt. — Tropfen auf einen heißen Stein!

Berichtigung: In Nr. 286 ist von dem Kurs des afrikanischen Pfund Sterling die Rede. Es sollte dort heißen: „Englische Banken verkaufen 90 Pfund Sterling afrikanischer Währung für 100 (nicht: 10) Pfund englischer Währung.“